„Die Preise hoch, die Taschen fest geschlossen"

Erich Ollenhauer warnt auf dem SPD-Bezirksparteitag vor dem Frankfurter Wirtschaftskurs

Vor den verhängnisvollen Folgen der Frankfurter Wirtschaftspolitik, zu der die SPD in schärfster Opposition steht, warnte der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, am Sonntag auf dem Bezirksparteitag in Hildesheim. „Die vollen Schaufenster sind nicht das Spiegelbild einer gesunden Wirtschaft, sondern Kennzeichen des krassesten Egoismus der Sachwertbesitzer", führte der Redner weiter aus und kritisierte die Freigabe der Wirtschaft als eine Politik der sozialen Verantwortungslosigkeit.

Wenn das Spiel steigende Preise und Kampf um höhere Löhne beginnt, so ist damit auch der erste Schritt zur Gefährdung der Währung getan. Von bürgerlicher Seite wird heute der Versuch gemacht, dieses verantwortungslose Verhalten hinter nationalistischen Phrasen zu verstecken. Es sind vertraute Klänge, aus denen man die neue Nationalhymne heraushören kann: „Die Preise hoch, die Taschen fest geschlossen". Die SPD verteidigt nicht die Zwangswirtschaft der Nazis mit ihren bürokratischen Schikanen, aber sie hält eine Lenkung der Produktion und eine Kontrolle der Verteilung für notwendig. Die freie Wirtschaft beschwört die Situation herauf, daß 20 Prozent der Bevölkerung sich alles kaufen können, während 80 Prozent ärmer als je zuvor sind. Das Experiment der freien Wirtschaft hat von neuem den Beweis erbracht, daß die Wirtschaft in den alten kapitalistischen Formen nicht funktionieren kann. Der erste entscheidende Schritt zu einer Neuordnung der Wirtschaft ist im Landtag Nordrhein-Westfalen getan, der mit Mehrheit die Sozialisierung der Kohlenindustrie beschlossen hat. Nach dieser eindeutigen Willenserklärung von deutscher Seite steht die britische Besatzungspolitik vor der Bewährungsprobe, diesem Gesetz ihre Zustimmung zu geben.

In seinem großangelegten Referat beschäftigte sich Ollenhauer eingehend mit dem Berliner Problem und forderte innenpolitisch eine klare Abgrenzung gegen jeden, der die Hungerblockade billigt oder dazu schweigt. „Wir können nur hoffen", erklärte er, „daß die Westmächte bei ihren schicksalsschweren Verhandlungen sich der Erfahrung von 1938 bewußt bleiben: Wenn die Freiheit dem Frieden geopfert wird, dann gehen Freiheit und Frieden verloren." Mit dem Hinweis auf die standhafte Haltung der Berliner Sozialdemokraten forderte er zu verstärkter Hilfsbereitschaft auf.

Als das dritte Gegenwartsproblem bezeichnete der Redner den Aufbau einer einheitlichen Verwaltung im Westen. Nachdem eine politische und wirtschaftliche Einheit für Gesamtdeutschland an der Uneinigkeit der Alliierten gescheitert ist, muß ein möglichst großer Teil Deutschlands in eine vernünftige Ordnung gebracht werden. Die Belebung der westdeutschen Wirtschaft im Rahmen des europäischen Aufbauplanes ist nur möglich, wenn auch eine arbeitsfähige politische Ordnung hergestellt wird. Trotz einer Reihe von Bedenken gegen das Londoner Abkommen hat die SPD sich grundsätzlich bereiterklärt, an der Schaffung einer westdeutschen Verwaltung mitzuarbeiten, denn diese bedeutet einen Schritt vorwärts zu einer vermehrten deutschen Selbstverwaltung, aber noch keine definitive Lösung.

Noch in diesem Jahre Wahlen

Zum 1. September soll der Parlamentarische Rat zusammentreten und ein Grundgesetz ausarbeiten. Sobald die rechtliche Grundlage geschaffen ist, werden die Einwohner der drei Westzonen noch in diesem Jahr durch allgemeine, direkte Wahlen eine Volksvertretung entsenden. Bei diesen Wahlen werden sich zum ersten Male seit 1945 klare politische Fronten abzeichnen.

Es ist ein langer und harter Weg aus der Tiefe, erklärte Ollenhauer zum Schluß. Die Richtigkeit der Zielsetzungen der SPD hat sich jedoch erneut bestätigt. Ihre Zielsetzungen stimmen mehr denn je überein mit den wahren Interessen des Volkes.

Der von über 300 Delegierten besuchte Bezirksparteitag begann bereits am Sonnabendvormittag nach Begrüßungsreden des Bezirksvorsitzenden Borowski, der Hildesheimer Vertreter und des Kultusministers Grimme mit einem ausführlichen Rechenschaftsbericht des Bezirkssekretärs Striefler. Besonders bemerkenswert darin war die Mitteilung über die Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahl in der Zeit von 1946 bis 1948 um mehr als 100 Prozent. Die Frauen sind heute mit 17,5 Prozent der Gesamtmitgliedschaft vertreten. Auch die Arbeit der Jungsozialisten hat in den Berichtsjahren wesentliche Fortschritte gemacht.

Grüße der Berliner SPD

Mit großem Beifall wurde die Ansprache von Frau Jeannette Wolff aufgenommen, die Grüße der Berliner Sozialdemokraten überbrachte und betonte, daß ihr Kampfwille trotz aller Schikanen nur noch größer geworden sei. Nach der Aussprache, an der über 30 Redner teilnahmen, wurde der Bezirksparteitag Sonntagmorgen mit dem Bericht der Landtagsfraktion fortgesetzt. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Robert Hoffmeister, zeigte die Grenzen und Möglichkeiten der Landtagsarbeit auf, die einmal durch die Militärregierung gegeben sind, zum anderen aber auch durch die gegenwärtige Zusammensetzung des Landtages, dessen 149 Abgeordnete so verteilt sind, daß 65 SPD-Mandaten 75 bürgerliche gegenüberstehen. Er ging auf die Frage Koalition oder Opposition ein und berichtete, daß das in grundsätzlichen Fragen arbeitsunfähige Allparteienkabinett schließlich durch ein Kabinett der Mitte abgelöst werden mußte. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner hauptsächlich mit den Fragen um die Neugestaltung der Ernährungsverwaltung, der Bodenreform und den Flüchtlingsfragen. Borowski kündigte an, daß aller Voraussicht nach noch in diesem Monat die erste Lesung über das Wahlgesetz stattfinden werde.

Bei der Vorstandswahl wurden die beiden bisherigen Vorsitzenden Richard Borowski und Robert Hoffmeister wiedergewählt. Der Vorsitzende schloß den Bezirksparteitag Sonntagnachmittag mit Dankesworten an alle, die für das gute Gelingen der Veranstaltung Sorge getragen haben. hp

Flüchtlingsminister Albertz antwortet

Kein Verzicht auf deutsche Lebensrechte

Der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz nahm die Debatte im Landtag über das Gesetz zum Parlamentarischen Rat zum Anlaß, um die im Zusammenhang mit dem Vertriebenenproblem gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. In der Erklärung des Ministers heißt es:

„Bei den Wahlen zu der politischen Körperschaft der drei Westzonen werden zum ersten Male die Ostvertriebenen ihre politische Verantwortung in vollem Umfange zur Geltung zu bringen haben. Das ist ein entscheidendes politisches Ereignis, das in seiner Tragweite gar nicht überschätzt werden kann. Seit meinem Amtsantritt als niedersächsischer Minister für Flüchtlingsangelegenheiten ist die Frage der Hauptaufgabe des Flüchtlingsministeriums ausführlich in Presse und Rundfunk diskutiert worden. Leider sind bei diesen Gesprächen von einer bestimmten Seite völlig entstellte Presseäußerungen zum Anlaß genommen worden, die Vertriebenen von der Verantwortung abzulenken, die sie hier um ihrer selbst und um der Gesamtheit der Deutschen in den Westzonen willen ernst zu nehmen haben. Keiner wird daran denken, eine vorläufige und von den westlichen Alliierten niemals anerkannte Grenzziehung im deutschen Osten von deutscher Seite aus zu billigen und die Länder und Provinzen jenseits dieser sogenannten Grenze oder das Unrecht der Massenaustreibung von Millionen Deutschen zu verschweigen oder zu vergessen. Das ist für uns alle eine Selbstverständlichkeit, die nicht besonders ausgesprochen zu werden braucht. Es ist aber ebenso unklug wie gefährlich, diese Selbstverständlichkeit nun dazu zu benutzen, um unter den Vertriebenen irgendeiner Illusion Vorschub zu leisten, die sie von ihren Aufgaben im deutschen Westen auch nur einen Augenblick fernhalten könnte."

Entschieden wies der Minister so-

Quelle:
Hannoversche Presse vom 10. August 1948, Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500